

CATO

MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT



No. 4 | 2018

Der Burgherr rief, und alle, alle kamen

Zeitzeichen: »Gemeinsame Erklärung 2018« und Neues Hambacher Fest
ab S. 8

Hélène Carrère d'Encausse über die Ermordung der Zarenfamilie 1918
S. 60

Friedrich Dieckmanns Gedenkrede auf den Künstler Joachim John
S. 27





MEHR SCHULDEN FÜR ALLE



EDITORIAL VON ANDREAS LOMBARD

Am 9. Mai 2018, 73 Jahre und einen Tag nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, gab der französische Präsident Macron sein erstes deutsches Fernsehinterview. Er sprach sofort Klartext und legte dar, was er unter seinen außenpolitischen Formeln wie »integrierte Wirtschaft« oder »mehr Europa« versteht. Macron forderte das Ende deutscher »Tabus« und »Denkverbote«. Er nannte explizit die Verteidigung deutscher Handelsüberschüsse und den deutschen Widerstand gegen die Transferunion, die beide zu beenden seien. Macron will, daß Deutschland mehr ausgibt und gleichzeitig weniger einnimmt. Nachfragen gab es dazu keine.

Vielleicht hätte die ARD dieses Interview im Spiegelsaal von Versailles führen sollen. Macron mit seinem Sinn für die große Geste hätte sicher nichts dagegen gehabt. Denn wer immer noch glaubt, daß die Europäische Union und die europäische Einheitswährung Kriege zwischen den europäischen Staaten verhindern würden, der wurde an diesem 9. Mai eines Besseren belehrt. Er mußte begreifen, daß die Forderung nach immer mehr Europa aus dem Munde Macrons ein Schlachtruf im deutsch-französischen Grabenkampf der Gegenwart ist. In diesem Kampf steht Deutschland, nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte, ziemlich isoliert da. Die Beziehungen zu Rußland und Amerika sind auf dem Tiefpunkt. In Europa sieht es nicht besser aus; die einen fordern von Deutschland Geld, und die anderen nehmen Deutschland keine Flüchtlinge ab. »Deutschland steckt wieder in der Nische«, so der *Spiegel*, der das Wort »Einkreisung« tunlichst vermeidet – aber feststellt: »Merkel hat in den vergangenen Jahren viel Kredit

verspielt, vor allem wegen der Flüchtlingspolitik, mit der sie fast alle Verbündeten vor den Kopf gestoßen hat.« Ach wirklich?

Die deutschen Journalisten strahlten Macron wie zwei glühende Anhänger Napoleons an, die es nicht fassen können, daß der Kaiser persönlich zu ihnen spricht. Im vermutlich felsenfesten Glauben an die deutsch-französische Aussöhnung scheint ihnen der Inhalt seiner Rede glatt entgangen zu sein: daß Europas Zukunft allein davon abhängt, ob Deutschland seinem – Napoleons – großen imperialen »Projekt« beitrifft, die dringend benötigten Truppen stellt und hundert Schiffe baut. Nur daß es heute nicht mehr um Land und Meer geht, sondern gleich um Geld. Trotz der Griechenland-Rettung, die vor allem eine Rettung französischer Banken war, ist Paris finanziell am Boden, aber heute wie damals gibt es Deutsche, die für den Kaiser der Franzosen brennen und sich für ihn das verhaßte deutsche Hemd vom Leibe reißen.

Für Widerstand war es 1813 höchste Zeit. Aber daß am Beginn der Befreiungskriege »der König rief, und alle, alle kamen«, ist eine obrigkeitsstaatliche Legende. Erst riefen »alle«, genauer viele, dann raffte sich spät genug auch der preußische König auf, an der Seite Rußlands dem bonapartistischen Spuk ein Ende zu bereiten. Tauroggen ist weit. »Mehr Europa für alle« (Macron) bedeutet erst einmal noch mehr Schulden für alle. Wer die »Angleichung« grundverschiedener Lebensverhältnisse erzwingt, sei es durch aggressive Finanzpolitik oder Masseneinwanderung, der ruiniert alles gleichermaßen. Deshalb die Gemeinsame Erklärung 2018 und das Neue Hambacher Fest. Das sind zwei Hoffnungszeichen, findet Ihr

Berlin, im Mai 2018

INHALT

NEUES HAMBACHER FEST



Standing Invitation

Auf dem Hambacher Schloß wurde vorab die künftig zu bildende Koalition aus CDU/CSU, AfD und FDP gefeiert.

VON ANDREAS LOMBARD

38

»Es steht viel auf dem Spiel«

Wenn Europa scheitert, dann an seiner Einwanderungspolitik.

HAMBACHER REDE VON THILO SARRAZIN

40

»Deshalb stehe ich heute hier!«

Deutschland hat es verdient, neu entdeckt zu werden.

HAMBACHER REDE VON IMAD KARIM

47

»Unser schönes, unser einziges Land«

Unsere Freiheit müssen wir aufmerksam und wehrhaft verteidigen.

HAMBACHER REDE VON JÖRG MEUTHEN

54

GEMEINSAME ERKLÄRUNG 2018

Drei Verschwörer beim Berliner Inder

155 373 Unterschriften zählte die Gemeinsame Erklärung 2018 am 14. Mai. Wie und warum es zu ihrer Niederschrift kam, berichtet einer der Beteiligten.

VON MICHAEL KLONOVSKY

8

Bürgerliche Politik

21 Erstunterzeichner der Gemeinsamen Erklärung 2018 legen ihre Motive dar. Über Kopflosigkeit, helle Empörung und das Gesetz der Grenze

VON HERBERT AMMON BIS ALEXANDER WENDT

10

ESSAY

Das Schweben des Pfeils

Zwei Wochen vor der Verleihung des Egmont-Schaefer-Preises für Zeichnung, verstarb der Künstler JOACHIM JOHN. Die geplante Preisrede wurde zur Gedenkrede.

VON FRIEDRICH DIECKMANN

27

ARCHE NOAH

Was ist deutsch?

Nützliche Winke von STEFAN BARME, MARKUS BRANDSTETTER, SEBASTIAN HENNIG UND DIRK SPANIEL

22

Herkunft kennt keine Reue

Auch die Etablierten haben das Thema Heimat entdeckt. Aber was ist Heimat? Es geht nicht um Unverbindliches und Nostalgie, sondern um ihre politische Dimension.

VON KARLHEINZ WEISSMANN

33

ARCHITEKTUR

Unbequemer Fragen Ort

Die kaum bekannte Nietzsche-Gedächtnishalle in Weimar steht leer und droht zu verfallen – eine ungenutzte Chance.

VON JENS-F. DWARS

84

GENIUS LOCI

Weltmacht mit Askese

Der Escorial ist ein Denkmal der Gegenreformation, der absoluten Monarchie und der vormodernen Bürokratie.

VON KARLHEINZ WEISSMANN

87

KUNST

Taten und Leiden des Lichts

Seine Malerei erkundete die lebendige Wahrnehmung. Bis heute steht eine große Würdigung CARL SCHUCHS in Paris aus.

VON SEBASTIAN HENNIG

94

-
- 6 **Astrologie-Kolumne** »Der Himmel über Berlin« von HORST G. HERRMANN
- 7 **Comic** von PATRICE REYTIER:
Nicolás Gómez Dávila
- 20 **Rezension** DIETRICH MURSWIEK über
»Rote Karte« gegen »Spinner«?
von Christian Eder
- 83 **Gefährdete Gesten** »Den Vogel zeigen«
von ALEXANDER PSCHERA
- 90 **Kaleidoskop** Buchhinweise
- 101 Leserbrief
- 102 **Fundstück** »Die Tragik des Universalismus«
von ROLF PETER SIEFERLE
- 102 Impressum
-

RUSSLAND



Die Roten hatten nicht die Mehrheit

Vor einhundert Jahren wurde die russische Zarenfamilie ermordet. Über Bedeutung und Nachwirkungen dieses Ereignisses spricht die französische Historikerin HÉLÈNE CARRÈRE D'ENCAUSSE.

INTERVIEW VON EVA-MARIA MICHELS

60

Europa, wen blendest du noch?

Ein Jahrhundert nach dem Zarenmord ringt Moskau noch immer mit der Rekonstruktion der Geschichte. Europa verliert dabei immer mehr an Bedeutung.

VON THOMAS FASBENDER

70

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Der neue Kalte Krieg zwischen den USA und Rußland darf nicht das letzte Wort sein. Es gibt Möglichkeiten, den wachsenden Spannungen zu begegnen.

VON WLADIMIR I. JAKUNIN

78

STANDING INVITATION

VON ANDREAS LOMBARD

IN HAMBACH FOTOGRAFIERTE HAGEN SCHNAUSS

Das erste Neue Hambacher Fest wird vermutlich nicht das letzte bleiben. Und sobald CDU/CSU und FDP aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen, werden auch sie mitfeiern wollen.

Es gibt Ereignisse, bei denen das Wetter die dominierende Rolle spielt. Für die Gültigkeit einer Eheschließung ist es selbstredend unerheblich, ob die Sonne scheint oder nicht. Aber weil es eben auch regnen kann, wäre es undankbar, nicht den göttlichen Segen zu würdigen, der sich in einem blauen Himmel zwar nicht ausdrücklich kundtut, aber eben auch nicht dementiert, erst recht nicht, wenn ein solches »Kaiserwetter« tagelang anhält. Was wäre schöner als ein nicht enden wollendes Fest im Glanz der Sonne?

Ein solches war das Neue Hambacher Fest. Es war unmöglich, es nicht schön zu finden. Der umsichtige Gastgeber hatte alles bedacht und für alles gesorgt. Es gab keine Probleme, Pannen oder Peinlichkeiten. Irgendwelche Aggressionen gab es schon gar nicht. Eintausend Gegendemonstranten waren angekündigt worden, drei Dutzend waren erschienen und ließen den Verdacht aufkommen, die restlichen 964 hätten sich bereits auf die Seite der Festgesellschaft geschlagen, die bei Speis' und Trank mit Blick über die Rheinebene den Reden lauschte. Das ist keine Spekulation, sondern eine dem Geist dieses Tages gemäße Prognose: Noch die griesgrämigste Antifa-Truppe kommt früher oder später auf den Geschmack des guten und richtigen Lebens. Warum im dunklen Wald die Asphaltstraße mit unflätigen Parolen vollkritzeln – von denen »Logenmob« noch die geistreichste



war – oder sich als Zaungast die Kehle aus dem Hals schreien, während droben auf dem Schloß Leute lächeln, Gläser klingen und Fahnen fröhlich im Winde flattern? Alles eine Frage der Zeit.

Das überparteiliche Motiv des Veranstalters Max Otte wies so gesehen in die Zukunft. Wie die Patrioten von 1832 hat er das gefeiert, was er für das Kommende hält. Denn trotz aller Bemühungen, Demokratie und Nation zu trennen, bleiben sie zwei Seiten einer Medaille. So bald wie möglich wollten die Demokraten von damals die nationale Einigung erzielen. Heute wissen wir, daß sie darauf noch zwei Generationen warten mußten und daß die Reichsgründung schließlich anders zustandekam als gedacht. Wenn man nicht weiß, was wann kommt, ist das ein Grund mehr, das zu feiern, was man sich wünscht. Und das hat Max Otte am 5. Mai 2018 getan. Er hat sozusagen vorab eine Koalition aus CDU/CSU, AfD und FDP gewürdigt, die 19 Parlamentssitze mehr als die Große Koalition hat, aber vermutlich noch eine Weile braucht, bis sie die Hemmungen fallen läßt, die sie heute am gemeinsamen Regieren hindern.

Der Geist der Überparteilichkeit umflutete das Hambacher Schloß wie der Frühlingsduft die Pfälzer Weinberge und wirkte dabei sehr viel milder als die jakobinische Schwarz-Weiß-Malerei, mit der Philipp Jakob Siebenpfeiffer, einer der Hauptredner von 1832, auf dem verfallenen »bischöflichadligen Raubnest« die Nationalbewegung als eine Art messianisches Gegenmittel zu den »Mörderhänden der Aristokraten« pries, zur »Schmach der politischen Knechtschaft«, zur »Nacht des Absolutismus«, zur »Gewalt aristokratischer Häuptlinge«, zur »hündischen Unterwerfung« unter den »eisernen Fuß« des Despotismus: »Die Natur der Herrschenden ist Unterdrückung, der Völker Streben ist Freiheit.« Schon damals konnte man wissen, zu welchen Gewaltexzessen erst die Volksherrschaft fähig ist. Die sechs Hauptreden vom 5. Mai 2018, von denen wir drei auf den folgenden Seiten dokumentieren, kamen denn auch ganz ohne revolutionären Überschwang aus. Als wir »hinauf, hinauf, zum Schloß!« wanderten, wunderte sich einer meiner Begleiter sogar über den Bezug auf die Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts. Er vertrat

die Ansicht, daß eben dort die Wurzel nahezu all unserer Probleme stecke, daß die romantische Kurzsichtigkeit, mit der jene freiheitstrunkenen Schwärmer die bis dahin legitime und vielerorts doch gar nicht so unangenehme Fürstenherrschaft verwarfen, der Anfang unseres heutigen Übels gewesen sei. Allein die Aussicht auf den Entzug seiner Etathoheit habe etwa den Großherzog von Oldenburg die Warnung aussprechen lassen, daß der Verzicht auf die persönliche Haftung für den Landeshaushalt in nichts anderem enden werde als Schuldenmacherei. Und so kam es ja auch.

Möglicherweise ahnen die ferngebliebenen Gäste von CDU/CSU und FDP, daß der Ausverkauf unserer kulturellen, institutionellen und finanziellen Ressourcen nicht ewig so weitergehen kann und daß nicht eine rechtsradikale Machtergreifung vor der Tür, sondern die Frage nach der guten Regierung im politischen Raum steht. Und daß kein verantwortungsbewußter Politiker welcher Couleur auch immer die akuten Gefahren der Eurorettung, der drohenden Euro-Schuldenunion, der Masseneinwanderung sowie des damit einher- und darüber hinausgehenden Staatsversagens länger ignorieren kann. Vierzehn Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben ihre Absage mit einer freundlichen Grußadresse an das Neue Hambacher Fest verbunden. Auch das ist ein Hinweis auf die Stimmung im Lande. Sollte das Neue Hambacher Fest zu einer regelmäßigen Veranstaltung werden – Anzeichen dafür gibt es –, dann könnte es sein, daß Gastgeber Max Otte die eine oder andere *standing invitation* ausspricht, eine Einladung, die nicht jedesmal erneuert zu werden braucht. Und dann dürften wir gespannt sein, wer diese Einladung – und wann – *nicht mehr* ausschlagen wird. ♦



ANDREAS LOMBARD, geb. 1963 in Hamburg, ist Chefredakteur von *Cato*. Nach seinem Studium in Heidelberg und Berlin war er zunächst als freier Journalist tätig. 2005 Gründung des Landt Verlags, von 2013 bis 2017 Leitung des Verlags Manuscriptum

→ www.neues-hambacher-fest.de

»ES STEHT VIEL AUF DEM SPIEL«

HAMBACHER REDE VON THILO SARRAZIN



Gastgeber Max Otte hätte gern ein Mehrfaches der
1 200 auf dem Hambacher Schloß zugelassenen Gäste
empfangen; aber die Begrenzung war unvermeidlich. –
Wer im Saal keinen Platz fand, folgte den Übertragun-
gen draußen bei schönstem, frühlingshaftem Wetter.
Blick in den Schloßhof nach Osten

Am 15. März 2018 veröffentlichten einige Schriftstel-
ler, Publizisten und Intellektuelle – unter ihnen
Uwe Tellkamp, Vera Lengsfeld und Henryk Broder – die
Gemeinsame Erklärung 2018. ... Weil sie so extrem kurz
war und nur Selbstverständlichkeiten enthielt, habe auch
ich sie unterzeichnet. Hier, so fand ich, konnte man nichts
falsch machen und auch nicht mißverstanden werden.

In einer funktionierenden Demokratie mit einer offenen
Debattenkultur wäre solch eine Erklärung gar nicht not-
wendig gewesen. Sie hätte aber auch weder größere Auf-
merksamkeit, noch besondere Emotionen hervorgerufen.
Aber in Deutschland wird mittlerweile das Selbstverständ-
liche zum Anlaß für Empörung. Jakob Augstein schäumte
im *Spiegel*: »Diese Leute reden vom Rechtsstaat – in Wahr-
heit wollen sie den Rechtsruck, ... die wissen genau, was
sie tun. Sie wollen das muslimreine Deutschland.« Gezielt
schuf Augstein mit dem Begriff »muslimreines Deutsch-
land« eine historische Assoziation zur Nazizeit. Henryk
Broder und Vera Lengsfeld, so möchte er wohl verstanden
werden, sind eigentlich die Nazis der Gegenwart – oder
zumindest ihre geistigen Wegbereiter. Arno Widmann
fand in der *Berliner Zeitung*, Deutschland werde durch die
Gemeinsame Erklärung mehr beschädigt als durch die
illegalen Einwanderer. Dann folgt der Satz: »Die Zuwan-
derung hat das Deutschland, in dem ich nach dem Krieg
aufwuchs, nicht beschädigt – sie half, es zu zerstören. Zu
unser aller Glück.« Hier kommt es offen heraus: Kultur-
fremde Zuwanderung soll offenbar für Arno Widmann
und seine Gesinnungsgenossen als Vehikel dienen, um
jenes Deutschland zu zerstören, das Arno Widmann haßt.

Auch ich bin genau wie mein Altersgenosse Arno
Widmann im Deutschland der 50er- und 60er-Jahre auf-
gewachsen. Es war ein schuldig gewordenes, ein verwun-
detes Land. Aber wir haben uns der Vergangenheit gestellt
und quasi am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen.
Für die geistige Genesung Deutschlands bedurfte es nicht

der Einwanderer aus dem Nahen Osten und aus Afrika.
Sie kamen ja auch erst viele Jahrzehnte nach dem Krieg,
als alle jene Deutschen, die sich in der Nazizeit schuldig
gemacht hatten, längst gestorben waren oder als Greise in
Altersheimen saßen. Arno Widmann haßt offenbar sein
Vaterland, und das Zerstörungswerk, das ihm als Journa-
list mißlungen ist, sollen jetzt für ihn die illegalen Einwan-
derer aus Afghanistan und Afrika übernehmen. Das ist
keine Spekulation, dazu bekennt er sich ganz offen, und er
spricht für viele Gesinnungsgenossen in Medien und Poli-
tik. David Gern äußerte in der ARD-Sendung *Titel, Thesen,
Temperamente* den Verdacht, die Gemeinsame Erklärung
sei »Teil eines Angriffs auf unsere liberale Gesellschaft
und Demokratie« und »nah an den Konzepten der Neuen
Rechten, die von ›Umwolkung‹, einem gezielten ›Bevöl-
kerungsaustausch‹ sprechen«. Für ihn sind »diese verfol-
gungstheoretischen Konzepte ausgesprochen wirkmächtig
beim Schüren von Angst und Haß«. Zur Unterstützung
seiner These interviewte Gern in der Sendung lauter linke
Publizisten, die seine Sorgen bestätigten. Unterzeichner
der Gemeinsamen Erklärung wurden nicht befragt.

Der linke Medien-Mainstream spricht immer nur von
Flüchtlingen, wo es tatsächlich um illegale Einwanderer
geht. Er zeigt uns Frauen und Kinder in Not, wo tatsäch-
lich zu achtzig Prozent gesunde junge Männer kommen,
die einfach ein besseres Leben fern der Heimat suchen. Er
unterdrückt das Problem, daß es sich weit überwiegend
um Muslime handelt, die unserer Kultur verständnislos,
fremd und großenteils feindlich gegenüberstehen. Er
verdrängt, daß die allermeisten Zuwanderer seit 2015
überhaupt nicht das persönliche Rüstzeug besitzen, um in
unserer Gesellschaft einen produktiven Beitrag zu leisten.
Und er blendet völlig aus, daß in den nächsten Jahrzehn-
ten die Versorgung der illegalen Einwanderer, ihrer Kin-
der und Kindeskinde zu Lasten der deutschen Rentner,
der Bedürftigen in unserer Gesellschaft und der deutschen

Steuerzahler und Leistungsträger gehen wird. Von der Zunahme von Gewaltkriminalität, der immer größeren Unsicherheit für Frauen im öffentlichen Raum unserer Städte und der Inflation der Messerattacken habe ich jetzt noch gar nicht gesprochen.

Wo ist denn im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Talkrunde, in der Uwe Tellkamp, Vera Lengsfeld, Henryk Broder oder ich die Gemeinsame Erklärung gegen Deutschlandhasser wie Jakob Augstein und Arno Widmann verteidigen dürfen? Solch eine Debatte wollen die Chefredakteure im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht. Davor haben sie offenbar Angst, denn dabei könnten ja die »falschen« Meinungen obsiegen. Als vor acht Jahren *Deutschland schafft sich ab* erschien, konnte ich reiche Erfahrungen mit unseren Medien sammeln. Man bezweifelte meinen Anstand, man wollte mich in die rechte und rechtsradikale Ecke schieben. Man wollte mich mundtot machen. Das ist nicht gelungen. Ich bin immer noch Mitglied der SPD.

Die Fehlentwicklungen und Gefahren, die ich damals beschrieb, werden immer deutlicher, und die politischen Antworten darauf werden immer fahriger und hilfloser. Das wird auch so bleiben, solange man zwei Dinge grundsätzlich ausblendet: die kulturelle Fremdheit und den mangelhaften Integrationswillen des überwiegenden Teils der in Deutschland lebenden Muslime und die Gefahren einer fortgesetzten Masseneinwanderung aus dem islamischen Kulturkreis nach Deutschland und Europa. »Umvolkung« und »Bevölkerungsaustausch« sind polemische Begriffe, die nicht zu meinem Wortschatz gehören. Tatsache aber ist, daß sich die Struktur unserer Bevölkerung dramatisch und in hohem Tempo verschiebt, um so mehr, je jünger die Menschen sind, und daß dies mit der Zeit deutsche und europäische Kultur und Lebensart bedroht. Um dies mit eigenen Augen zu sehen, reicht doch ein Gang durch die entsprechenden Viertel unserer Großstädte.

Wenn meine letzten drei Sätze in die Hände eines Jakob Augstein, eines Arno Widmann oder eines ihrer Gesinnungsgenossen fallen, wird man mir mindestens Deutschtümelei, wahrscheinlich aber Schlimmeres vorwerfen. Soweit sind wir schon in Deutschland, daß die sachliche Beschreibung eines Sachverhalts aufgrund offizieller Statistiken bereits in den Verdacht gerät, »rechts«, »rechtspopulistisch« oder gar Schlimmeres zu sein. Der amerikanische Politikwissenschaftler Yascha Mounk sagte am 21. Februar in den ARD-Tagesthemen, daß wir in Deutschland »ein einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich zu vielen Verwerfungen.« Mounk sprach nicht von Umvolkung, aber er meinte denselben Sachverhalt.

»Verwerfungen« ist ein abstraktes Wissenschaftler-Wort. Konkret und anschaulich sind dies Messer-Attacken von Isla-

»Das politisch Wichtige, das Richtige und das Wahre darf nicht deshalb aus dem öffentlichen Räume verdrängt werden, weil ungeliebte Stimmen moralisch abqualifiziert und deshalb immer leiser werden.« – Thilo Sarrazin während seiner Rede auf dem Hambacher Schloß

misten, Überfälle krimineller Groß-Clans oder das Betatschen junger Frauen in der U-Bahn in Berlin-Neukölln, wenn sie kein Kopftuch tragen. Es ist aber auch egal, wie wir den Sachverhalt benennen. Er ist jedenfalls das zentrale Thema Deutschlands und Europas in unserer Zeit. Damit verglichen verblaßt alles andere: Von welchem Interesse sollte es sein, welche Bienenvölker in hundert Jahren in Deutschland leben, wenn es dieses Land dann so nicht mehr gibt?

Zu den Debatten in Deutschland über Meinungsfreiheit und Politische Korrektheit habe ich meinen Beitrag geleistet und 2014 ein Buch veröffentlicht, *Der neue Tugendterror*, das unverändert aktuell ist. Mir liegt es nicht, zu jammern, und ich finde es sowohl wenig weiterführend als auch deprimierend, mich ständig mit den Invektiven zu befassen, die andere produzieren. Aber eines ist auch klar: Das politisch Wichtige, das Richtige und das Wahre darf nicht deshalb aus dem öffentlichen Räume verdrängt werden, weil ungeliebte Stimmen moralisch abqualifiziert und deshalb immer leiser werden. Deshalb ist es mir mittlerweile völlig egal, mit welchen Attributen ich überzogen werde. Ich messe meine öffentlichen Aussagen an ihrer Relevanz und an ihrer Wahrheit.



Polemik ist meistens völlig entbehrlich, aber Klarheit muß sein. Unsinnige und disqualifizierende Zuschreibungen fallen auf ihre Urheber zurück, aber sie dürfen uns nicht hemmen. Je mehr Menschen mit einer solchen Einstellung ihre Stimme erheben, um so schwächer wird der Meinungsdruck des Medien-Mainstreams und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. In der Frage der Einwanderung und des Umgangs mit dem Islam geht es um die ethnische, kulturelle und gesellschaftliche Zukunft Deutschlands und Europas, da darf man sich nicht feige zurückhalten.

Wir begehen heute das Neue Hambacher Fest, und diesem historischen Anlaß will ich mich jetzt gerne zuwenden. Aus der Geschichte kann man lernen. Man muß dabei aber kritisch vorgehen, denn das Vergleichbare und das Unvergleichbare liegen dicht aneinander. Falsche Analogien haben schon manche historische Katastrophe bewirkt. Nach dem Wiener Kongreß 1815 gab es in ganz Europa, besonders aber in Deutschland, stürmische Entwicklungen: Die Bevölkerung wuchs stark an; 1816 lebten auf dem Gebiet des Deutschen Bundes 30 Millionen Menschen, 1864 waren es schon 45 Millionen. Die Familien waren groß. Die Sterblichkeit sank, und die Lebenserwartung stieg, beides war aber weit vom heutigen Niveau entfernt.

Damals war Deutschland jung, geburtenreich, und die meisten Deutschen waren ziemlich arm. Sechs Millionen Deutsche wanderten im Laufe des 19. Jahrhunderts in die USA aus. Rund sechzig Millionen heutige Amerikaner haben überwiegend deutsche Wurzeln. Einen deutschen Sozialstaat gab es nicht. Richtige, krasse Armut war weit verbreitet. Bismarcks Sozialversicherung war noch siebzig Jahre entfernt. Niemand außer ein paar armen Wanderarbeitern aus den Schweizer Bergen kam damals auf die Idee, nach Deutschland einzuwandern.

Heute ist Deutschland alt und geburtenarm. Die meisten Deutschen sind im Vergleich zu damals sehr wohlhabend, und der deutsche Sozialstaat wurde zum Sehnsuchtsziel von Millionen Auswanderungswilligen überall auf der Welt. Damals wie heute war der Fortschritt in Wissenschaft und Technik stürmisch. In nur wenigen Jahrzehnten kamen der mechanische Webstuhl, die Dampfkraft, die Eisenbahn, der Telegraph, die Mähmaschine, die Chemie und die moderne Düngetechnik. Um 1835 erschienen in Deutschland jährlich 15 000 neue Bücher, unglaublich viele. Und auch die Zahl der Presserzeugnisse war unüberschaubar. Immer weniger paßte die politische Ordnung zur Gesellschaft. Das Bürgertum drängte nach vorn und

forderte die Abschaffung der Pressezensur. Parlamente und geschriebene Verfassungen waren die Losungen der Zukunft. Fürsten- und Adels Herrschaft waren in Rückzugskämpfen. Aber ihre Gegenwehr war oft brutal. Man verweigerte vielfach geschriebene Verfassungen und hielt an überholten Formen absoluter Herrschaft fest.

Unabhängige Geister wurden kontrolliert und oft verfolgt. Viele von ihnen verbrachten Jahre in Festungen und Gefängnissen, wenn sie nicht in die Schweiz, nach England oder Frankreich ins Exil gingen. Der Deutsche Bund war durchzogen von Zollgrenzen und einem Flickenteppich unterschiedlicher Zensurbestimmungen. Die Beseitigung aller kleinlichen innerdeutschen Grenzen, die Aufhebung der Zensur, Versammlungsfreiheit und Freiheit der politischen Meinungsäußerung – diese Forderungen waren damals identisch mit der Hauptrichtung des gesellschaftlichen Fortschritts, und ihr innerer Geist bleibt heute noch aktuell.

Soweit die Presse damals frei war, war sie links. Sie unterstützte den Wandel, die Abschaffung der Zensur, die Schaffung demokratischer Verfassungsstaaten und die Niederreißung aller innerdeutschen Grenzen. Heute – 200 Jahre später – ist die Presse wieder überwiegend links, und sie ist erneut mehrheitlich gegen Grenzen eingestellt. Hier endet aber auch die Analogie. Die Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs ist heute nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Europäischen Union sichergestellt und hat auch weltweit große Fortschritte gemacht. In der EU treten die Personenfreizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit hinzu.

Wer heute von Grenzen spricht, meint die Außengrenzen Deutschlands, der Europäischen Union, ganz Europas oder der westlichen Welt. Es geht nicht um ihre Niederreißung, sondern um ihren Schutz vor unerwünschter Einwanderung. Auf dem Höhepunkt des Bevölkerungswachstums im 19. Jahrhundert war die deutsche Bevölkerung von 1815 bis 1865 um 50 Prozent gewachsen, von 30 auf 45 Millionen, also in 50 Jahren um 15 Millionen Menschen. Heutzutage wächst allein die Bevölkerung in den islamischen Ländern von Afrika und Asien jedes Jahr um 45 Millionen Menschen. In Krisenländern wie Afghanistan und Iran hat sich die Bevölkerung in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelt. In Nigeria allein werden in wenigen Jahrzehnten mehr Menschen leben als in ganz Europa.

Für jeden, der denken und rechnen kann, ist ganz klar: Migrationszahlen, die Deutschland und Europa verkraften könnten, mindern den demographischen Druck in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten nicht. Wenn Masseneinwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten nicht konsequent unterbunden wird, dann werden die Völker Europas schnell und unwiderruflich zur Minderheit im eigenen Land. Das möchte ich weder in ethnischer noch in kultureller oder religiöser Hinsicht. Wer das so klar sagt, wie ich das eben getan habe, wird von gro-

ßen Teilen der Medien, aber auch im politischen Raum, unter den Generalverdacht »rechten« Denkens gestellt. Wenn nicht gar Schlimmeres.

Hier haben wir die eigentliche Parallele zur Zeit des Vormärz in Deutschland und Europa vor 200 Jahren: Damals hatten die etablierten Kräfte die absolutistischen Reste des 18. Jahrhunderts gegen die aufkommende Moderne verteidigt. Sie erkannten nicht oder wollten nicht wissen, daß ihre Zeit vorbei war. Die linke Presse, und alle jene, die Grenzen niederreißen wollten, waren damals auf der Seite des Fortschritts. Heute stehen die etablierten Kräfte in Politik und Gesellschaft gemeinsam mit dem linksstehenden Medien-Mainstream im Dienste einer universalistischen Agenda, die den Charakter Deutschlands und Europas durch kulturfremde Einwanderung unwiderruflich verändert.

Wenn wir unsere Kultur, unseren Lebensstil und unsere Eigenart als Nationen in Europa bewahren wollen, müssen wir kulturfremde Einwanderung wirksam kontrollieren und weitestgehend unterbinden. Rein moralisch haben wir dazu jedes Recht. Unsere Kultur, unsere technische Zivilisation, die Leistungen in Kunst und Wissenschaft und unser Wohlstand entstanden nicht durch Diebstahl an den Völkern Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens. Die Länder in Ostasien – Japan, Südkorea, Singapur, China oder Vietnam – zeigen uns, und sie zeigen der ganzen Welt, daß der Weg zu Fortschritt und Wohlstand grundsätzlich jedem Volk und jeder Gesellschaft offensteht, die entsprechende Leistungen vollbringt.

Jedes einzelne Land in Afrika könnte genauso wohlhabend sein wie Schweden, wenn die Menschen dort Korruption bekämpfen, starke Institutionen bauen, Bildung und Wissen erwerben und ein Arbeitsethos ausbilden, das trotz des viel besseren Wetters dem in Schweden entspricht. Mit gutem Rat und Ausbildungshilfe sollte Europa nicht geizen. Aber es sollte ganz eindeutig vermitteln: Wohlstand muß vor Ort erarbeitet werden, Demokratie und Menschenrechte müssen vor Ort erkämpft werden, aber nicht, indem man auswandert, den Sozialstaat in Europa genießt und das Land, in dem man geboren wurde, sich selbst überläßt. Das ist der falsche Weg, und wir sollten niemanden unterstützen, der ihn gehen will.

Die Männer und Frauen im Vormärz hatten Mut, als sie für Demokratie und Fortschritt und gegen den absterbenden Absolutismus stritten. Zum Glück wird heute in Europa niemand mehr ins Gefängnis geworfen oder aus dem Lande verbannt, weil er Kritisches sagt oder schreibt. Aber er braucht den Mut, sich einem dominierenden vermeintlichen Zeitgeist zu entziehen, sich unbeliebt zu machen, sich öffentlich beschimpfen zu lassen und dabei gleichzeitig der Gefahr zu entgehen, zu verbittern, zu vereinzeln oder sich sonstwie zu radikalisieren.

Deutschland und Europa können ihre Zukunft ohne wesentliche Einwanderung aus Afrika und dem Nahen und Mittleren

Osten bewältigen, und sie müssen diesen Weg auch gehen, wenn sie ihre Kultur bewahren und weiterentwickeln wollen. Ganz falsch finde ich, das Thema der Einwanderung auf seine wirtschaftlichen Aspekte zu reduzieren. Da dies aber häufig geschieht, dazu nur folgendes: Einwanderer stiften nur dann einen wirtschaftlichen Nutzen, der über ihre Kosten hinausgeht, wenn ihre Arbeitslosigkeit und ihr Bezug von Sozialtransfers unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen. Das Gegenteil ist der Fall: Aktuell leben 80 Prozent der Zuwanderer aus Asyllandern von Hartz IV, nur 20 Prozent gehen einer bezahlten Arbeit

nach. Dabei sind sie weit überwiegend jung und sozusagen im besten Arbeitsalter. Hören wir also auf, vom wirtschaftlichen Nutzen dieser Art von Einwanderung zu phantasieren. Vielmehr besorgen mich die langfristigen gesellschaftlichen Kosten dieser Art von Einwanderung in einer alternden, kinderarmen Gesellschaft.

Ungeregelte Einwanderung bedroht zudem die europäische Integration. Ich war immer schon ein überzeugter Anhänger der wirtschaftlichen Integration Europas. Weg mit Zöllen und allen Elementen, die den freien wirtschaftlichen Verkehr behindern.

Am Morgen bezieht die Festgesellschaft von Osten kommend das Hambacher Schloß – im Bild ein Teil des Neubaus aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.



Eine gemeinsame Währung war dazu nicht notwendig. Aber sie hätte auch nicht geschadet, wenn man die wirtschaftliche Eigenverantwortung aller beteiligten Ländern respektiert hätte. Den Maastricht-Vertrag, der das sichern sollte, hat die Politik seit 2010 mit Füßen getreten. Das war ein großer fortgesetzter Rechtsbruch, begangen aus politischem Opportunismus. Niemand hat uns dagegen geschützt, weder der Maastricht-Vertrag noch der Stabilitätspakt, noch unsere Gerichte. Schon gar nicht unsere Politiker. Jetzt rutschen wir Stück für Stück in eine Haftungsunion, das kann nur böse enden.

Zwischen Völkern und Staaten ist es wie zwischen Menschen im wirklichen Leben. Gemeinsames Wirtschaften funktioniert nur bei ausreichender Ähnlichkeit. Sind sich die Partner zu unähnlich, sorgen gemeinsame Finanzen vor allem für Streit. Getrennte Kassen und Respekt vor der Unabhängigkeit des anderen stiften Frieden, wenn die Einkommenskraft, der Arbeitsinsatz und die Lebensstile unterschiedlich sind. Überlassen wir es doch den Italienern, wie sie ihren Staat finanzieren wollen und welche Schulden sie machen wollen, das geht uns nichts an. Der Haftungsverbund zwingt Deutschland in die Rolle des ungeliebten großen Bruders, der alles besser weiß und kleinliche Verhaltensvorschriften macht. Das wollen die Italiener nicht, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, und sie haben recht damit.

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union und viele nationale Wahlen, zuletzt jene in Österreich, Italien und Ungarn, haben gezeigt, daß die Bürger Europas die immer engere Union und den Übergang zu einem europäischen Bundesstaat mehrheitlich nicht wollen. Wer die europäische Idee retten will, muß deshalb auch die Grenzen einer immer weiter gehenden Integration Europas ins Auge fassen. Europa sollte weniger machen, das aber richtig. Die nächste und entscheidende Bewährungsprobe für Europa ist dabei der gemeinsame Grenzschutz und der Umgang mit Asylbewerbern und illegalen Einwanderern. Im Augenblick ist es so, daß die meisten von jenen, die illegal oder als Asylbewerber nach Europa kommen, am Ende in Deutschland landen. Es fehlt aber in der deutschen Politik und in der europäischen Politik an Ideen, wie man das ändern könnte, und am entsprechenden Handlungswillen.

Wenn Europa scheitert, wird es nicht an der Währung scheitern, nicht am Wettbewerbsrecht und auch nicht am Klimawandel. Es wird an der Einwanderungspolitik scheitern. Entweder schafft es Europa gemeinsam, unsere Grenzen zu schützen, illegale Einwanderung zu unterbinden und die illegal Eingewanderten wieder in ihre Herkunftsländer zu schaffen, oder die Integration wird rückwärts gehen und der wirksame Schutz nationaler Grenzen wird wieder an Bedeutung gewinnen.

Wer in Europa keine Zäune will, muß sich für den großen Zaun an Europas Grenzen und die konsequente Verhinderung illegaler Einwanderung einsetzen. Das ist die zentrale

Der Schloßhof gegen Mittag – Blick nach Westen auf den Übertragungsbildschirm

Zukunftsfrage, die für Europa und auch für Deutschland alles entscheidet. Es ist übrigens auch die Zukunftsfrage für unsere europäische Lebensart, Kultur und Zivilisation. Es steht viel auf dem Spiel. Ich wünsche mir in allen Parteien Politiker, die das nicht verdrängen und entsprechend handeln! Und ich wünsche mir möglichst viele Bürger, die jederzeit ihre Stimme mutig für das Wahre und Richtige erheben. ♦



THILO SARRAZIN, geb. 1945 in Gera, ist Volkswirt und Buchautor. Sarrazin war Finanzsenator im Berliner Senat (2002–2009) und Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank (2009–2010). Sein Bestseller *Deutschland schafft sich ab* (2010) ist eines der meistverkauften Sachbücher der Bundesrepublik. Zuletzt erschien *Wunschenken. Europa, Währung, Bildung, Einwanderung. Warum Politik so häufig scheitert*, München (Deutsche Verlags-Anstalt) 2016.



»DESHALB STEHE ICH HEUTE HIER!«

HAMBACHER REDE VON IMAD KARIM

Abbildung nächste Doppelseite: Wanderung zum Hambacher Schloß



Ich war 19 Jahre alt, als ich in diesem wunderbaren Deutschland eintraf. Nein – und mit Respekt vor allen echten Flüchtlingen –, ich kam nicht als Flüchtling, nein, ich kam nicht als Asylbewerber und, nein, ich habe den Sozialstaat, diese Errungenschaft Ihrer Eltern und Großeltern, nie in Anspruch genommen. Ich kam als selbstbewußter junger Mann aus einem offenen Beiruter Haus, als jemand, der in Deutschland ein selbstfinanziertes Studium aufnehmen wollte und das auch tat. Das war am 5. Dezember 1977.

An der Technischen Universität zu West-Berlin lernte ich Deutsch. Damals litt Deutschland noch unter der Teilung, und im Reichstag lernte ich die deutsche Geschichte kennen. Dort, wo heute Bundestagsabgeordnete und Verwaltungsangestellte ihren Tätigkeiten nachgehen, gab es damals eine Dauerausstellung mit dem Titel »Deutsche Geschichte«. Die Räume waren in Epochen rückwärts aufgeteilt, von der Bundesrepublik über die deutsche Teilung, den Zweiten Weltkrieg, die NS-Diktatur, die Weimarer Republik, den Ersten Weltkrieg, das Kaiserreich, die Revolution von 1848, die Frankfurter Paulskirchenversammlung bis zur Vormärz-Zeit und noch weiter zurück. An der Universität standen die meisten meiner deutschen Kommilitonen bereits

unter den direkten Einflüssen der Studentenbewegung der 68er. Es erschrak mich, wie viele von ihnen ihr Land, Deutschland haßten, oder sagen wir, »ihr Land nicht mochten«. Sie pflegten eine geradezu – im nachhinein würde ich es so bezeichnen – masochistische Fixiertheit auf die NS-Zeit und auf die für sie daraus resultierende vererbte Schuld. Gerade sie, die die Gleichheit der Menschen propagierten und die vorgaben, den Rassismus verbannen zu wollen, bescheinigten den Deutschen eine geradezu genetische Veranlagung zum Bösen. Nicht selten hatte ich den Eindruck, sie hätten am liebsten ihre verstorbenen Vorfahren ausgegraben, um sie noch einmal zu verurteilen.

Ich aber als Humanist begriff die NS-Zeit als deutsche Katastrophe und eine zeitlose Verantwortung, alles zu tun, um sie nicht zu wiederholen, weder in Deutschland noch irgendwo anders. Die begangenen Verbrechen verstand ich auch und insbesondere als moralische Verpflichtung, dem jüdischen Volk stets zur Seite zu stehen, gleichzeitig aber hoffte ich, daß die Deutschen sich nicht zur Geisel dieses düsteren Teils ihrer Vergangenheit machen würden, denn mit Selbsthaß und Selbstverachtung kann keiner einem Menschen aus einem anderen Kulturkreis ehrliche Liebe und Achtung entgegenbringen.



Schon damals fiel es mir schwer zu begreifen, wie man die so großartige und reiche Geschichte eines Landes, einer Nation und eines Volkes, auf zwölf dunkle Jahre reduzieren kann, über deren Dunkelheit, Grausamkeit und furchtbare Unmenschlichkeit kein Zweifel besteht. Ich weiß es nicht, vielleicht habe ich es als Levantiner leichter, über deutsche Epochen zu sprechen.

Ich selbst komme aus dem Nahen Osten, aus einem Kulturkreis, der die Freiheit seit 1400 Jahren unterdrückt. In Deutschland traf ich auf eine freie, offene, liberale und demokratische Gesellschaft, die mir Respekt, würdevollen Umgang und menschliche Neugierde entgegenbrachte. Diesen Nazi, vor dem ich nicht zuletzt von meinen linken Mitstudenten stets gewarnt wurde, traf ich nie. Natürlich begegnete ich ein paar rückwärtsgewandten, völkisch bis rassistisch angehauchten Chauvinisten; aber diesen bedauerlichen Menschenschlag traf ich auch in über fünfzig anderen Ländern, in denen ich später für die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten Filme und Reportagen realisierte. Hier in Deutschland lernte ich mit und von den Deutschen den Duft der Freiheit kennen. Ein wunderbarer Duft, den ich in meinen mir noch verbleibenden Jahren nie wieder missen möchte. Deshalb stehe ich heute hier!

Als ich damals bei meinen Besuchen der Berliner Dauerausstellung beim »Vormärz« angelangt war, faszinierte mich das historische Ereignis des Hambacher Festes vom Jahre 1832 und daß es den Menschen in jener Zeit gelang, aus einem gewöhnlichen Volksfest einen bürgerlichen Widerstand gegen die Obrigkeit der Fürstenherrschaft zu organisieren. Erst eineinhalb Jahre in Deutschland lebend und in der deutschen Sprache nicht gerade sehr gefestigt, machte ich mich von Berlin aus während der Semesterferien auf die Spurensuche. Im April des Jahres 1979 stand ich zum ersten Mal auf dem Hambacher Schloß, genau hier, wo ich heute, 39 Jahre später, zu Ihnen sprechen darf. Können Sie sich vorstellen, was für ein starker emotionaler Moment es für mich ist, hier heute stehen zu dürfen? Danke!

Ich bin zufällig als Moslem geboren, verstehe mich aber seit Jahrzehnten als Agnostiker und als Mensch, der sich mit den Werten der Aufklärung dieser offenen und pluralistischen Gesellschaft kompromißlos identifiziert. Ich bin jemand, der den Islam als Ideologie öffentlich kritisiert und nicht die Muslime pauschal verurteilt, denn viele meiner Verwandten sind Muslime, und auch meine Eltern habe ich nach dem islamischen Ritual bestattet – besser gesagt, »bestatten müssen«, aber das



Am Vorabend des Neuen Hambacher Festes begrüßt Max Otte in einer typischen Weinschenke der südlichen Weinstraße Redner, Politiker und Journalisten. Thilo Sarrazin diskutiert angeregt mit Imad Karim (*Mitte*), und Vera Lengsfeld lauscht den Worten des Gastgebers (*unten*).



wäre eine andere Geschichte. Ich bin das, was man durchaus als einen »gelernten« Staatsbürger dieses Landes bezeichnen könnte. Ja, Sie haben richtig gehört, denn Staatsbürgerschaft und Integration müssen zusammenhängen. Ich habe von Anfang an die Integration als Verschmelzung mit diesem Land und seinen Werten betrachtet, um es noch reicher zu machen. Alles andere waren und sind für mich Parallel- und Gegengesellschaften, die die offene Gesellschaft gefährden würden.

Heute blicke ich auf meine wunderbaren 41 deutschen Jahre mit Stolz zurück. 41 Jahre, von denen ich 36 Jahre ununterbrochen arbeite und diesem Staat und dieser Gemeinschaft als Nettozahler diene. Wenn ich von der »Verschmelzung« spreche, berufe ich mich dabei auf ein arabisches vorislamisches Sprichwort, das da heißt: »Wer bei einem Volke 40 Tage weilt, wird einer von ihnen, oder er wandert weiter.« Ich bin geblieben, meine Damen und Herren, und aus den vierzig Tagen sind bis dato 41 Jahre geworden. Deshalb stehe ich heute hier!



Als mündiger Bürger dieses Landes bin ich der Ansicht, daß gerade die unkontrollierte muslimische Massenzuwanderung unsere offene Gesellschaft gefährdet und womöglich einen in den letzten siebzig Jahren noch nie dagewesenen Rassismus entfachen könnte. Also, wenn ich die Berliner Politik, aber auch die Politik der Länder, die »politisch korrekten« Positionen vieler Verbände und die Haltung vieler meiner Kollegen aus den Medien kritisiere, habe ich ein Eigeninteresse. Ich habe nämlich drei Kinder, die deutscher nicht sein könnten, und dennoch tragen sie meinen arabischen Nachnamen. Ich möchte nicht, daß sie oder ihre Kinder sich eines Tages rechtfertigen müssen, daß sie ein Teil Deutschlands sind. Deshalb stehe ich heute hier!

Seitdem ich den Islam kritisiere, erlebe ich eine unglaubliche Hetzjagd. Sie beginnt mit Drohung und erstreckt sich über Diffamierung, Verunglimpfung bis hin zu Dauer-Gerichtsprozessen, die meiner Frau und mir unsere letzten Ersparnisse auffressen. Ich wehre mich entschieden gegen Zensur. Und als jemand, der die Despotie des Nahen Ostens sowohl in den ersten 19 Jahren

seines Lebens, als auch später als Fernsehjournalist für deutsche Medien vor Ort hautnah erlebte, stelle ich mit Befremden fest, daß unsere Demokratie, dieses wunderbare Kulturgut der offenen Gesellschaft, stark eingeschränkt wird. Ich könnte Ihnen viele Beispiele zeigen und sie auch empirisch belegen, wie Deutschland tagtäglich demokratische Fundamente aufgibt.

Gegen diese Entwicklung werde ich mich als jemand, dessen Kompaß das Grundgesetz ist, stets mit allen rechtsstaatlichen Mitteln wehren und sie keinesfalls als »Naturgesetz« hinnehmen. Deshalb stehe ich heute hier!

1832 zeigten über 20 000 Bürger Mut und Wille, gegen absolutistische Mißstände zu protestieren und für Meinungsfreiheit zu demonstrieren. 1832 gab es viele Redner auf dem Hambacher Fest, die zum Sturz des damaligen politischen Systems aufriefen. Das tut heute keiner. Niemand will unser System stürzen, sondern die Politik für das, was hier im Alltag geschieht, sensibilisieren. Alles, was die Menschen wollen, ist, daß unsere legitimen politischen Vertreter die Sorgen der Menschen wahrnehmen und sie nicht abwerten.

Bei den Lektüren von damals stieß ich auf eine Rede von Johann August Wirth, der an diesem Ort vor 186 Jahren sagte: »Dieses schöne Land wird verwüstet und geplündert, zerrissen und entnervt, geknebelt und entehrt.« Ob Deutschland heute geknebelt oder entehrt wird, vermag ich nicht zu sagen, aber daß die Menschen das Gefühl haben, daß Deutschland geplündert, zerrissen und entnervt sei, ist eine gefühlte Realität, die von der Politik nicht ignoriert werden darf. Die Bürger haben Angst, und sie müssen ihre Angst nicht begründen. Es reicht vollkommen aus, wenn sie Angst haben, und hier ist die Politik in die Pflicht zu nehmen und nicht umgekehrt.

Ja, viele würden fragen, wie wir darauf kämen, die Verhältnisse von damals mit den heutigen zu vergleichen. Darüber kann und soll man streiten, aber niemandem darf deshalb der Mund verboten werden. Wer die Gegner der Mainstream-Politik heute als »rechtsradikal« und »Nazis« bezeichnet, beleidigt nicht nur diese Kritiker, sondern auch die Opfer des menschenverachtenden Nationalsozialismus und deren Nachfahren. Wenn diese Begriffe inflationär verwendet werden, werden sie zugleich verharmlost, und das ist eine fatale Entwicklung. Solche Begriffe als Diffamierungsinstrumentarium gegen Andersdenkende einzusetzen, sind Anfänge, die von einer freien und emanzipatorischen Gesellschaft nicht zu tolerieren sind. In einem Artikel für das Magazin *Cicero* von 2016 schrieb ich zu Beginn: »Jedes Unrecht beginnt mit einer Lüge«, und gerade diesen Anfängen müssen wir wehren. Wir haben ein Recht auf Wahrheit und Transparenz, und das ist nicht irgendein Recht, sondern ein Grundrecht!

Vor zwei Wochen sprach ich als Sachverständiger vor dem Bundestagsausschuß zum islamischen Terroranschlag (andere nennen ihn »islamistisch« – ein Wort, das im Arabischen nicht

existiert) vom Breitscheidplatz. Ich sagte: »Wir müssen eine ehrliche Debatte über den Islam führen, und wir dürfen aus falscher Rücksichtnahme keine Fakten unterschlagen.« Ich wagte einen Vergleich und sagte, man könne keinen jungen Menschen von der Naziideologie abbringen und gleichzeitig ihm aus Rücksicht auf seine Gefühle die furchtbaren und menschenverachtenden Nürnberger Rassengesetze verheimlichen. Daraufhin empörte sich eine Dame, eine Bundestagsabgeordnete der Partei *Die Linke*, gemeinsam mit ihrem Kollegen aus der Fraktion der Grünen, und beide warfen mir vor, ich würde den Islam beleidigen.

Gerne hätte ich die beiden Volksvertreterinnen gefragt, wer sie ermächtigt hat, mir abzusprechen, mich mit meinem kulturellen Erbe auseinanderzusetzen. Dazu kam es aber nicht, denn ich durfte nicht erwidern. Gerne hätte ich auch der Dame gesagt, daß, wenn die europäischen Aufklärer so bekämpft würden, wie sie uns Aufklärer aus dem Islam bekämpft, sie nicht da sitzen würde, wo sie heute sitzt und sich als Frau und Volksvertreterin frei entfalten könne. Diesen neuen »positiven« Rassismus der »Guten« kann und will ich nicht tolerieren. Deshalb stehe ich heute hier!

Meine Damen und Herren, zwischen meinem ersten und dem heutigen Besuch in Hambach liegen 39 Jahre. In der Zwischenzeit – und da ich heute nicht weit von Hambach wohne – habe ich diesen Ort unzählige Male, am Anfang als junger Mann und später als Vater und Großvater mit Kindern und Enkelkind besucht. Ich freue mich, daß ich heute wieder hier bin und wünsche uns allen ein im Sinne der Bürger von 1832 gelingendes, demokratisches, Deutschland bejahendes Fest, denn dieses Land hat es verdient, neu entdeckt zu werden. Noch zwei Sätze zum Abschluß! Ein bescheidener Ratschlag von mir, einem eingewanderten Deutschlandliebenden: Sehen Sie Ihre politischen Gegner stets als politische Gegner, aber niemals als Feinde an, denn keiner hat das Recht, den politischen Diskurs zu verspielen.

Und noch ein Satz zum Abschluß: Für Sie ist Deutschland in erster Linie die Heimat Ihrer Vorväter, und für mich ist Deutschland die Heimat meiner Werte, jener Werte, die nach einem harten Kampf Ihrer Vorfahren aus der Aufklärung geboren wurden. Lassen Sie uns gemeinsam diese Heimat als unsere gemeinsame Wertegemeinschaft mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vor politischer Ignoranz und Arroganz schützen, denn die Dialektik der Geschichte kennt kein Erbarmen mit den Relativierern. ♦



IMAD KARIM, geb. 1958 in Beirut, ist ein libanesisch-deutscher Regisseur, Drehbuchautor und Fernsehjournalist, der seit 1977 in Deutschland lebt und arbeitet. Seine Werke wurden von vielen öffentlich-rechtlichen Sendern ausgestrahlt. Er gehörte verschiedenen Filmjürs an und ist Träger mehrerer Fernsehpreise.

CATO

MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT



No. 4 | 2018

Der Burgherr rief, und alle, alle kamen

Zeitzeichen: »Gemeinsame Erklärung 2018« und Neues Hambacher Fest

ab S. 8

Hélène Carrère d'Encausse über die Ermordung der Zarenfamilie 1918

S. 60

Friedrich Dieckmanns Gedenkrede auf den Künstler Joachim John

S. 27

CATO

MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

IHRE ARCHE FÜR DIE STÜRME VON MORGEN

CATO versteht sich als meinungsbildendes Medium, das für den vergessenen Wert des Bewahrens eintritt. Was hilft uns weiter? Worauf können wir zurückgreifen? Woran wollen wir uns erinnern? Was sollten wir pflegen? CATO bietet Orientierung im Hinblick auf Politik, Kultur, Religion, Alltag und Familie. Das Eigene und das Gefühl dafür werden auf ansprechende Weise gestärkt. CATO läßt den Leser nicht im Regen der Krisenmeldungen stehen. CATO wird konkret und beansprucht Gültigkeit über Tag und Jahr hinaus.



Lesen Sie CATO jetzt regelmäßig.

Bestellen Sie sich CATO bequem nach Hause.

Sechs Ausgaben bekommen Sie für nur 65 Euro im Jahr.

Weitere Details und Angebote im Internet oder
per Telefon:

www.cato-magazin.de/abo

030 . 81 09 67 80

Der CATO-Verlag garantiert:

Ihre Bestellung können Sie innerhalb von 15 Tagen beim Verlag widerrufen.



»UNSER SCHÖNES, UNSER EINZIGES LAND«

HAMBACHER REDE VON JÖRG MEUTHEN



Die als Hambacher Schloß bekannte Burg bei Neustadt a. d. Weinstraße war jahrhundertlang Sitz der Bischöfe von Speyer und ist neben der Frankfurter Paulskirche das wichtigste Symbolgebäude der deutschen Demokratiebewegung im 19. Jahrhundert.

Warum kommen weit über tausend Menschen an einem Tag wie diesem hierher, um den Rednern zuzuhören, anderen Menschen zu begegnen und sich auszutauschen? Die Frage ist eine einfache, und ich denke, die Antwort auf sie ist es im Grunde auch, wenn sie auch von Person zu Person unterschiedliche Facetten haben mag. Hier treffen sich Menschen, denen gemeinsam ist, daß sie ihre Heimat Deutschland in Europa lieben! ... Menschen, die sehen, was in unserem Land und mit unserem Land geschieht. Und die kaum glauben können, was hier in unserem Land und in weiten Teilen unseres Kontinents Europa geschieht. Die es inzwischen regelrecht gruselt bei der Frage, wohin all das führt, die wissen wollen, ob und wenn ja wie unsere Kinder und Enkel in unserer Heimat in Zukunft werden leben können. ...

Uns allen ist klar, daß hier in unserer Heimat etwas ganz grundlegend und umfassend schief läuft, nicht erst seit gestern, aber in jüngerer Zeit sich massiv beschleunigend. Und uns allen ist, so glaube ich, klar, daß, wenn die ganze Richtung der Politik in Deutschland wie der EU nicht umfassend korrigiert wird, wir von einer gedeihlichen Zukunft für unsere Heimat nicht mehr werden sprechen können. ... Ich formuliere es einmal nüchtern aus der Perspektive des mit Staatstheorie hinlänglich vertrauten Finanzwissenschaftlers: Wir erleben ein fortdauerndes fundamentales Staatsversagen in höchster Vollendung! ... Seit Jahren

erfüllt der Staat keine seiner Kernaufgaben der Versorgung mit öffentlichen Gütern mehr auch nur noch halbwegs zufriedenstellend. Stattdessen setzt unser Staat seine Ressourcen völlig falsch ein. Ein funktionierender, den Bedürfnissen der Bürger gerecht werdender Staat ist immer ein schlanker, sich auf seine Kernaufgaben besinnender Staat, der die überschaubaren Aufgaben, die wirklich nur öffentlich bereitgestellt werden können, vital, kraftvoll und entschlossen mit effizientem Mitteleinsatz erfüllt. Ein funktionierender Ordnungsstaat ist ein starker, zugleich aber schlanker Staat, der sich auf seine wichtigsten Aufgaben beschränkt. Das sind, um die wichtigsten zu nennen, die innere und die äußere Sicherheit, die Bereitstellung einer öffentlichen Netz- und Bildungsinfrastruktur, die Schaffung und Durchsetzung eines allgemeinverbindlichen elementaren Regelrahmens, den man als Rechtsordnung bezeichnen kann, sowie eines sozialen Schutzes des Existenzminimums für diejenigen Mitmenschen, die dazu selbst temporär und in seltenen Fällen aufgrund individueller Handicaps auch dauerhaft nicht in der Lage sind.

Der Staat, den wir haben, in Jahrzehnten entstanden und in jüngerer Zeit komplett aus dem Ruder laufend, ist hingegen ein fetter, alle möglichen weiteren Aufgaben an sich ziehender, umerziehender, anmaßender und sich eben nicht klug beschränkender Staat. Orientierungslos geworden, seine Prioritäten völlig falsch setzend, die Bürger

gängelnd und drängelnd, in die entlegensten Bereiche ihres Lebens einwirkend, sie nach den Vorstellungen der selbsternannten Eliten umerziehend und bevormundend. Und zugleich darüber nicht mehr fähig, seinen Kernaufgaben auch nur ansatzweise gerecht zu werden. Es ist schlicht nicht wahr, daß dem Staat dazu das Geld fehlt, wie uns die ganzen linken Diskurshegemone unentwegt weiszumachen versuchen. Sondern der Staat gibt die von seinen Bürgern hart erarbeiteten und ihnen zwangsweise entwundenen Steuergelder für Aufgaben aus, die gar nicht die seinen wären und die der Souverän, das Volk, auch keineswegs bestellt hat. ...

Wir sind angesichts der desolaten Lage der Ausstattung unserer Streitkräfte nicht mehr in der Lage, unser Vaterland im – Gott sei Dank derzeit nicht sehr wahrscheinlichen – Fall eines externen Angriffs angemessen zu verteidigen. Zugleich entsenden wir Teile unserer Armee in Weltgegenden, in denen eine Verteidigungsarmee schlicht nichts zu suchen hat, um dort Dinge zu versuchen und wie in Afghanistan daran zu scheitern, die gar nicht Aufgabe unseres Staates sind, der sich lediglich wehrhaft verteidigen können soll.

Wir haben inzwischen eine sogenannte Bildungsinfrastruktur, die unseren Kindern und Jugendlichen zu nicht geringen Teilen der Unterrichtszeit alles mögliche vermittelt, aber keine Bildung mehr. Zum Teil mit blankem Entsetzen muß ich zur Kenntnis nehmen, wie unsere, auch meine Kinder einem sogenannten Bildungsauftrag ausgesetzt werden, der mit klassischer Bildung nicht mehr viel gemein hat, mit krasser ideologischer Umerziehung unter dem wohlklingenden Begriff der vermeintlichen Vielfalt aber sehr viel. Niemand wird mir – und ich mutmaße, den meisten von ihnen ebensowenig – als sinnhaft einreden können, zehnjährige Kinder in der fünften Klasse mit Informationen über sexuelle Vielfalt in allen möglichen Spielarten und Ausprägungen zu konfrontieren, wie mir auch eines meiner Kinder unlängst davon abgestoßen berichtete. Während zugleich in allerlei Schulen die Unterweisung in so wichtigen Fächern wie Musik und Kunst hinten runterfällt, weil man das Studentableau für Genderismus und sonstige günstigstenfalls sinnfreie, nach meiner persönlichen Überzeugung sogar hochgradig schädliche, auf die schrittweise Zersetzung von Familie und bürgerlicher Gesellschaft abzielende Experimente in Anspruch nimmt.

Am krassesten und von immer mehr Bürgern offenkundig auch deutlich so empfunden ist der Kontrollverlust des Staates in dem Bereich, in dem er vielleicht am wichtigsten ist, um den Rechtsstaat als Grundlage einer bürgerlichen Ordnung zu erhalten: im Sektor der inneren Sicherheit. Und auch hier liegt ein ideologisches Gesellschaftsexperiment – der dazu natürlich nie befragten Gesellschaft – dem staatlichen Versagen zugrunde.

»Der Staat ist nicht mehr fähig, seinen Kernaufgaben auch nur ansatzweise gerecht zu werden.« – Jörg Meuthen während seiner Hambacher Rede

Man verordnet dem deutschen Volk die Ideologie des Multikulturalismus, der vorgeblich in diesen Zeiten alternativlos ist. Und nur als Randbemerkung und um daran keinerlei Zweifel zu lassen: Wenn ich sage, »deutsches Volk«, dann gehören dazu auch einige Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die bestens integriert, die Gesetze achtend, zur Wertschöpfung beitragend, seit vielen Jahren mit ihren Familien als gewordene Deutsche unter uns leben.

Diese Ideologie des Multikulturalismus, wie es uns die ganzen selbsternannten linken Eliten verordnen und es krude durchsetzen, ist ein Gesellschaftsexperiment, das sich als der ideologische Grundirrtum des noch recht jungen 21. Jahrhunderts zu erweisen und Verwüstungen anzurichten anspricht, wie es das Experiment des Kommunismus bzw. Sozialismus in seinen vielen verschiedenen allesamt katastrophalen und in ihren Ergebnissen zutiefst inhumanen Spielarten und Variationen im 20. Jahrhundert bereits angerichtet hat. Und wie damals ist es eine vermeintliche intellektuelle Avantgarde, die die Menschen, ohne sie darüber abstimmen zu lassen, für ihr Experiment in Haftung nimmt. Dabei sind dann natürlich, wie bei allen umwälzenden Veränderungen, Opfer gleichsam als Kollateralschaden in Kauf zu nehmen, um der größeren, vermeintlich guten Sache willen. Daran ist, wie schon bei all den tief inhumanen ideologischen



Umerziehungs-Ismen des vergangenen Jahrhunderts, letztlich alles falsch. Und die sie mit Verve betreiben, sind nicht etwa intellektuelle Avantgarde, dem gemeinen Volk weit voraus, wie sie sich wähnen, sondern sie sind verbohrt, den Volkswillen nicht achtende, ja ihn gar häufig verachtende Ideologen, die auf diese Weise ihren Weg in die Geschichtsbücher zu finden trachten. Sie fabulieren von einem »global compact on migration«, von der Überwindung von Nationalstaaten als ewiggestrige und geradezu reaktionäre Gebilde. Sie wollen, wieder einmal, eine neue, eine andere Welt. Diese soll nach ihrem Leitbild bunt, vielfältig und natürlich friedlich sein. Sie folgen einer schönen, aber völlig welt- und der Natur des Menschen fremden »Alle Menschen werden Brüder«-One-World-Utopie. Sie wollen Grenzen nicht nur überwinden, sie wollen sie gleich abschaffen, und damit natürlich auch die Nationen, die Grenzen überhaupt erst ziehen. Sie agieren auf Ebene der Vereinten Nationen wie der Europäischen Union wie vornehmlich westeuropäischer nationaler Parlamente. Und sie erziehen unsere Jugend in diesem vermeintlich guten Geiste. ... Und mich schaudert es bei dem Gedanken, was diese jungen Menschen wohl für eine Zukunft erleben werden, wenn dieser Ideologie gefolgt wird und wir tatsächlich tun, was dort gefordert wird, nämlich alle Grenzen zu öffnen für jedermann. Und machen wir uns bitte nichts vor,

die ganze große Ausrichtung der Politik bewegt sich derzeit genau dahin. ... Meine Damen und Herren, und an dieser Stelle und an diesem Ort hier und heute auf dem Hambacher Schloß sage ich bewußt: Liebe patriotische Freunde im Geiste, wir wollen diese Preisgabe unseres Landes nicht! Und wir werden uns gegen sie auf jedem demokratischen und rechtstreuen Wege erwehren, bis wir obsiegt haben! Und wir müssen und werden sie gewinnen, denn wir sind die Realisten und Pragmatiker. ... Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht, aber ich empfinde es als eine andauernde Beleidigung und zugleich auch eine intellektuelle Zumutung, wenn man mir unterstellt, ich wolle, da ich komplett offene Grenzen und ein Auflösen des Nationalstaates in einem beliebigen Multikulturgebilde bekennd ablehne und entschlossen politisch bekämpfe, offenbar eine reinethnisch herkunftsreine deutsche Gesellschaft, ich sei mithin ein engstirniger Nationalist und zugleich natürlich ein Rassist. Das ist mir – diesen kleinen Blick in mein Inneres gebe ich dann doch einmal preis – zuweilen kaum mehr erträglich. Weiß ich in deren Augen etwa nicht, daß wir eine monoethnische Gesellschaft hier schon sehr lange nicht mehr haben und auch mit Gewißheit nie mehr haben werden? Verweigere ich dem meine Akzeptanz und versuche in eine lange vergangene Zeit zurückzukehren? Habe ich nicht ganz selbstverständlich und schon



Blick über die Festgesellschaft
auf die Rheinebene



Cato-Chefredakteur Andreas
Lombard während der Vor-
abendfeier im Gespräch mit
Ingenieur Dirk Spaniel, MdB



Die Vorabendfeier in einer
Schenke der südlichen
Weinstraße

soweit ich zurückdenken kann gute Bekannte und auch Freunde aus vielen verschiedenen Ländern und Herkunftsfamilien?

Kurzum: Was sollen diese absurden Verunglimpfungen? Ich sage Ihnen, was sie sollen: Sie sollen die politischen Gegner dieser finsternen Ideologen mundtot machen, sie isolieren und zermürben. Was diese Ideologen brauchen, sind Menschen, die sich dem nicht in den Weg stellen, und die nicht oder erst viel zu spät wach werden und verstehen, was geschieht bzw. was dann bereits irreversibel geschehen und Realität geworden ist. Und diese Realität wird für alle, auch für die, die dafür gekämpft haben, vielleicht für die sogar ganz besonders hart, eine gänzlich andere sein als die naiv erhoffte Multikultiwelt einer toleranzgeprägten, bunten und friedvollen Diversity-Gesellschaft.

Wir steuern nun nicht mehr durch Kriege zwischen Nationen, sondern durch furchtbare und nicht minder gewaltsame Auseinandersetzungen im Inneren auf genau jenen »clash of civilizations« zu, den Samuel Huntington bereits 1993 angekündigt hat. Man muß gar nicht einmal mehr sehr genau hinsehen, um festzustellen, daß genau der längst begonnen hat. Und welche Kultur wird sich hier wohl als die künftige Leitkultur der dann nur noch vorgeblichen Multikultiwelt durchsetzen? Die friedvollste und vielleicht geistig hochstehendste, oder eher doch die, die am meisten kampfbereit und am entschlossensten ist, sich durchsetzen zu wollen? Das werden wohl eher nicht die dekadenten und zu nicht geringen Teilen immer mehr wertbefreiten Spaß- und Freizeitgesellschaften des alten Westens sein, übergewichtig, mit heidnischen Runen tätowiert am Pool abhängig, ohne verbliebene Überzeugungen, für die sie wirklich zu kämpfen bereit wären. Die Schlafschaft des müden und satten Westens werden sich nicht auf einmal, nein schleichend, aber Schritt für Schritt und immer mehr, wie es Houellebecq in seinem äußerst lesenswerten Werk *Soumission* (dt. *Unterwerfung*) beschrieben hat, Verhaltensmustern anpassen müssen, die sie sich heute in ihren Schrebergärten, Bio-Wohlfühlmädchens und Gute-Laune-Ferienclubs noch gar nicht vorstellen können.

Ich präzisiere: Nicht sie, sondern, das macht es noch viel schlimmer, ihre Kinder und Enkel. Die, die die eigentliche Zeche des Nichtstuns, des Wegschauens, der Zerstreung und permanenten Ablenkung zahlen müssen, werden nicht einmal die sein, die diesen Fehler heute begehen, sondern deren Kinder und Enkel, die nächsten Generationen, die gar nichts dafür können. Die geben wir preis, indem wir uns lieber mit dem nächsten Urlaubsziel, mit Hybrid-Autos und allerlei sonstigem Öko-Voodoo oder wer weiß, was uns noch umtreibt, befassen.

Natürlich, ich ahne es schon, wird man mir eine solche Rede seitens mancher anwesender Medienvertreter sogleich als angstgesteuert und islamophob auslegen, ohne daß ich

bislang auch nur mit einem einzigen Wort meiner Rede auf die muslimische Religion eingegangen bin. Lassen Sie mich dazu vorsorglich etwas klarstellen. ... Es geht hier nicht um einen Kampf gegen den Islam. Es geht allein darum, allen Bestrebungen, Europa und unser Deutschland schrittweise zu islamisieren, unsere Entschlossenheit entgegenzusetzen, das ebensowenig zuzulassen, wie die Türkei eine schleichende Christianisierung akzeptieren würde. Dies hier ist christlich-abendländische Kultur, die unser Zusammenleben prägt, ganz gleich ob wir religiös leben, denken und fühlen oder nicht. In dieser Kultur sind wir zu Hause, und es ist unser gutes Recht, diese Kultur gegen Übernahmeversuche anderer Kulturen zu verteidigen, weil wir den Wunsch haben, daß unsere Nachkommen in dieser unserer Kultur, die wir lieben, die wir Heimat nennen, werden leben können wie wir selbst es konnten. Das ist legitim, es ist letztlich einfach nur völlig normal, und es ist ganz gewiß nicht islamophob, rassistisch oder fremdenfeindlich, wie man uns in Permanenz einzureden versucht.

Meine Damen und Herren, wenn wir unsere Heimat als das kostbare Gut erhalten wollen, das sie ist, dann – mit Verlaub – brauchen wir nicht die sowieso eher peinlich anmutende Einrichtung eines Heimatministeriums als Annex des Bundesinnenministeriums in Berlin. Sondern dann brauchen wir Bürger wie die hier heute versammelten. Menschen, die wissen, daß Freiheit nichts Selbstverständliches ist, sondern eine Kostbarkeit, die in Permanenz aufmerksam und wehrhaft verteidigt werden muß gegen ihre nicht wenigen und nicht ungeschickten Feinde. Menschen, denen bewußt ist, was unsere Kultur prägt und wie fragil und zugleich bewahrenswert diese Errungenschaften sind. Menschen, die weltoffen sind, die aber ihre Heimat ganz besonders lieben und sie nicht einer willkürlichen Beliebigkeit preiszugeben bereit sind. Kurz, Menschen wie Sie und ich, die die Bedrohungen all dessen erkennen und sich mutig dafür einzusetzen bereit sind, unseren Kindern und Enkeln ein Deutschland und ein Europa zu übergeben, das noch so frei und lebenswert ist wie das, was wir selbst als Kinder geschenkt bekommen haben und in dem wir das Glück hatten und noch immer haben, leben zu dürfen. Lassen Sie uns das gemeinsam von diesem wundervollen Ort mitnehmen und hinaustragen überall in unser schönes, unser einziges Land. ♦



JÖRG MEUTHEN, geb. 1961 in Essen, hat eine ruhende Professur für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft in Kehl inne. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der EFDD im Europäischen Parlament und einer von zwei Bundessprechern der AfD.

FUNDSTÜCK

Die Tragik des Universalismus

VON ROLF PETER SIEFERLE (1949–2016)

Der heutige vulgäre Universalismus ist ein letzter, schwacher und gedankenarmer Ausläufer der großen Geschichtsprogramme der Aufklärung, einer Tradition, auf die er immer wieder stolz verweist. Freilich reicht es ihm nicht mehr zu einer kräftigen Versöhnung von Programm und Wirklichkeit, sondern die Verfahrenheit der Lage wird gerade darin deutlich, wie oberflächlich und epigonal die letztlich universalistischen Argumentationsfiguren angelegt sind. Ihre noch immer vorhandene Attraktivität erklärt sich daraus, daß in ihnen dennoch Elemente des utopischen Schwungs aus dem alten Revolutionszeitalter enthalten sind, Erinnerungen an einen jugendlichen Aufbruch, an die Hoffnung auf bessere (jetzt multikulturelle) Zeiten, sowie nicht zuletzt ein Feindbild, das ausgesprochen widerwärtige Züge trägt: Der Anti-Universalist, Nationalist und Partikularist wird nicht nur in eine moralisch hochdiskreditierte historische Tradition gestellt, er ist auch bloß defensiv orientiert, will eine Position (mit schlechtem Gewissen) verteidigen, von der er selbst weiß (oder wittert), daß sie nicht dauerhaft zu halten sein wird.

Der Nationalist kann bestenfalls versuchen, das Tempo zu verlangsamen, mit dem er (oder seine Nation) den Abhang der Nivellierung hinunterrutscht. Der Universalist will dagegen dieses Abrutschen beschleunigen, da er in ihm eine Bewegung moralisch besseren Zeiten entgegen vermutet. Der Universalist verbindet Moral mit Illusion; der Nationalist dagegen verbindet Realismus mit Ressentiment. Der Hauptvorwurf, den der neutrale Beobachter dem Universalisten machen muß, zielt daher auf seine Illusionsfähigkeit, seine Identifikation von guter Gesinnung mit gutem Ausgang. Er schließt die Augen vor der Härte der Probleme, weil nur so sein konsequenter Moralismus möglich ist. Nichts ist dem Universalisten fremder als eine tragische Haltung – aber Sinn für tragische Verwicklungen kann sich derjenige, welcher in der wirklichen Welt handeln möchte, ohnehin nicht erlauben. Letztlich ist aber der Universalist angesichts des Prozesses der Globalisierung eben doch eine tragische Figur: Die reale Universalisierung wird im Vollzug dessen, was man einmal Dialektik der Aufklärung genannt hat, in die Ordnungen des Behemoth hineinführen, das heißt zum Sieg des realen Partikularismus im Namen des Universalismus.

→ Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Berlin (Landt Verlag) 2017 (EA Berlin 1994), S. 480 f.

CATO

MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

IMPRESSUM

Verlag

CATO Verlag GmbH
Fasanenstraße 4, 10623 Berlin
Telefon 030 . 81 09 67 80
Fax 030 . 138 82 37 76
info@cato-verlag.de
www.cato-verlag.de

Chefredakteur

Andreas Lombard

Mitarbeit

CATO erscheint unter
ständiger Mitarbeit von
Dr. Karlheinz Weißmann

Geschäftsführung

Hendrik Schundau

Satz und Gestaltung

Daniela Lemke

Erscheinungsweise

Zweimonatlich,
letzter Freitag im Monat.

Druck

Westdeutsche Verlags- und
Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Bankverbindung

Berliner Volksbank
IBAN DE381009 0000 2665 5350 05
BIC BEVODE33

USt-IdNr. DE 310 514 768

Abonnement

Jährlich 65 €
(Förderabo 110 €, Sozialabo 40 €)
Halbjährlich 35 €
(Förderabo 60 €, Sozialabo 22 €)
Das Abonnement verlängert sich
um ein Jahr, wenn es nicht vier
Wochen vor Ablauf schriftlich
gekündigt wird.

Leserdienst

Telefon 030 . 81 09 67 80
Fax 030 . 138 82 37 76
leserdienst@cato-verlag.de

Anzeigen

Telefon 030 . 81 09 67 80
Fax 030 . 138 82 37 76
anzeigen@cato-verlag.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste
vom 1. Juli 2017.

Kiosk-Vertrieb

IPS-Vertrieb GmbH
Postfach 1211, 53334 Meckenheim

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte wird keine
Haftung übernommen.
Unverlangte Einsendungen
können nicht in allen Fällen
beantwortet werden.

Zitate nur mit Quellenangabe.
Nachdruck nur mit Genehmi-
gung des Verlages.

ISSN 2567-112X

www.cato-magazin.de

Die nächste Ausgabe erscheint
am 27. Juli 2018



CATO im (Geschenk)-Abonnement

- ☐ Ja, ich bestelle CATO. Mit dem Abonnement erhalte ich alle zwei Monate eine Ausgabe des CATO-Magazins
- ☐ für mich ☐ als Geschenk-Abonnement
- ☐ jährlich zum Preis von 65,00 Euro (6 Ausgaben)
- ☐ halbjährlich zum Preis von 35,00 Euro (3 Ausgaben)

Bitte mit 45 Ct
frankieren oder
faxen an
030 / 138 82 37 76

Rechnungsadresse Besteller:

Geschenk-Empfänger/abweichende Lieferadresse:

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

☐ Vertrauensgarantie, Datenschutz:

JA, ich bin damit einverstanden, von Ihnen und kooperierenden Firmen künftig Werbung per Brief, Fax, E-Mail oder Telefon zu erhalten. Ich weiß, daß ich diese Genehmigung jederzeit formlos widerrufen kann. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum  Unterschrift

Der CATO Verlag garantiert:
Ihre Bestellung können Sie innerhalb
von 15 Tagen beim Verlag widerrufen.

Deutsche Post 
WERBEANTWORT

CATO VERLAG GmbH
Herrn Maximilian Schmidt
Leserdienst
Fasanenstraße 4
10623 Berlin

6119



Alle zwei Monate neu!

100 Seiten Lesegenuss

Jetzt direkt bestellen – Tel.: 030 . 81 09 67 80 oder www.cato-magazin.de/abonnement